Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

für Anhalt und Thüringen.

1918 Nr. 67 — Jahrgang 211

Bezugspreis: Für Halle und Vororte monatlich Mk. 1.25, für das Vierteljahr Mk. 3.75 frei ins Haus. Durch die Post bezogen monatlich Mk. 1.34, für das Vierteljahr Mk. 4.02, einschließlich der postal. Zustellungsgebühr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich dreizehnmal, kostenfreie Beilage: „Hallescher Courier".

Mittwoch, 6. Februar

Morgen-Ausgabe

Anzeigenpreis: für Halle und Vororte kostet die 40 mm breite Kolonelzeile 25 Pfg. Gelegenheitsanzeigen 20 Pfg. mit 10% Aufschlag. Auswärtige Anzeigen Zeile 40 Pfg. mit 10% Aufschlag. Reklamen 100 Pfg. Rabatt nach Tarif. Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle und allen bekannten Annoncen-Expeditionen. Postscheckkonto Leipzig 20512.

Geschäftsstelle Leipzigerstraße 61/62. Fernruf Sammelnummer 7801. Nach Geschäftsschluß: Schriftleitung 5610. Geschäftsstelle 5608 u. 5609. ::: Hauptschriftleiter: Dr. Hans Simon, Halle-Saale. :::

Eigene Geschäftsstelle in Berlin und Berliner Schriftleitung Bernburgerstraße 20. – Fernsprecher Amt Kurfürst Nr. 6296. ::: Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle Saale. :::

Abzug der Russen aus der Ukraine

Die Kiewer Zentralrada

Krylenkow und sein Stab verhaftet

Berlin, 5. Febr. Ein Funkspruch aus Kiew vom 2. Februar meldet, daß Mohilew, der Standort der russischen obersten Heeresleitung, durch die Polen besetzt und Oberbefehlshaber Krylenkow mit seinem ganzen Stabe verhaftet wurde. Nach einem gleichen Funkspruch wurde der Aufstand der Bolschewiki in Kiew von den Ukrainern unterdrückt. An die Spitze des neugewählten Ministeriums wurde der Vorsitzende der ukrainischen Friedensdelegation in Brest-Litowsk Holubowitsch gestellt. Alle ukrainischen Truppen stellten sich auf die Seite der Kiewer Zentralrada. Die Truppenteile der Bolschewiki ziehen schleunigst aus der Ukraine nach Rußland ab.

Bei Kiew soll eine halbe Million ukrainischer Truppen unter Führung von Offizieren versammelt, auch die Zivilbevölkerung soll bewaffnet sein.

Charkow in den Händen der Ukrainer

Berlin, 5. Febr. Wie die „Voss. Ztg." erfährt, haben die Truppen der Rada Charkow besetzt. Staatssekretär Holubowitsch hat ein neues Ministerium gebildet, das im Gegensatz zu der bisherigen Neigung der Ukrainer, sich mit den Maximalisten zu verständigen, kein einziges bolschewistisches Mitglied enthält.

Die Berliner Konferenzen

Berlin, 5. Febr. Der „Lokal-Anzeiger" schreibt: An den Besprechungen, die seit gestern zwischen den Berliner Zentralstellen und dem Staatssekretär v. Kühlmann, dem Grafen Czernin und dem General Ludendorff im Gange sind, nimmt auch der Chef des Generalstabes im Osten, General Hoffmann, teil. General Hoffmann hatte, wie wir hören, im Laufe des gestrigen Tages verschiedene Unterredungen, u. a. auch mit dem Abgeordneten Erzberger.

Die Verhandlungen sind gestern abend noch nicht zu Ende geführt worden. Man hofft, heute zu einem Ergebnis zu gelangen, so daß die beteiligten Herren heute abend Berlin wieder verlassen können. Es stehen schwerwiegende Entschlüsse bevor, zu denen man sich in der Hauptsache durch die russischen Wirkungen genötigt sieht, die durch die Arbeiterunruhe in Oesterreich-Ungarn und in Deutschland auf dem Gebiete der auswärtigen Politik und der militärischen Lage hervorgerufen worden sind. Wir kommen auf diese Angelegenheit noch ausführlich zurück. Die Festigkeit der Staatsleitung und die klaren Dispositionen der Obersten Heeresleitung schließen, soviel können wir jetzt schon versichern, jeden Grund zur Beunruhigung aus, auch wenn die Unterhandlungen in Brest-Litowsk einen anderen, als den zunächst gewünschten Verlauf nehmen sollten.

Die Bolschewiki gegen Finnland

Berlin, 5. Febr. Die Bolschewiki-Regierung hat gestern nachtstehenden Funkspruch abgefeuert: „An alle Schiffe, Kameraden, Reservisten! Kein einziger soll seine Entlassung zur Reserve nehmen, so lange die bürgerliche Weiße Garde von Finnland nicht vernichtet ist. Ihr Sieg ist der Nachteil unserer Revolution. Bewaffnung wird in der nötigen Menge gesandt werden."

Die schwedischen Schiffe in Finnland

Stockholm, 4. Febr. Der Befehlshaber der nach Finnland entsandten Schiffe meldet dem Marineminister, daß der Eisbrecher und die beiden Dampfer in Mäntyluoto eingelaufen seien. Dem Kanonenboot „Svenaksund" sei die Einfahrt nicht gestattet worden. Es liege noch zwischen Röfsö und Kalls. Alle seien wohl.

Ein Telegramm des General-Postamtes aus Haparanda meldet, daß die Post aus Schweden und Tornea nicht mehr angenommen worden sei. Man erwartet alsbald einen Angriff der Roten Garde auf Tornea.

Die rumänischen Revolutionäre

Sofia, 4. Februar. „Ziemi Yjwestia", das Organ des Kriegsministeriums meldet in einem Privattelegramm aus Bobdag: Die rumänischen Revolutionäre hätten sich der im Hafen von Kilia befindlichen Schiffe bemächtigt und das Donaudelta als neue Republik proklamiert. Der Kommandant der russischen Donauflotte habe erklärt, Odessa werde sich mit allen Mitteln gegen die Besetzung Bessarabiens durch die Rumänen verteidigen. Die Donauflotte sei zu einer Aktion gegen die Rumänen bereit.

Verhaftung eines Bolschewiki in Paris

Bern, 5. Februar. Nach einer Meldung des „Figaro" ist in Paris ein Beauftragter der Bolschewiki-Propaganda, die die Ideen der Maximalisten in Frankreich zu verbreiten sucht, verhaftet worden. Weitere Verhaftungen sollen bevorstehen.

Abendbericht des Großen Hauptquartiers

Berlin, 5. Febr., abends. (Amtlich.) Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Generalstabsbericht

Wien, 5. Febr. Amtlich wird verlautbart:

Keine besonderen Ereignisse.

Der Chef des Generalstabes.

Die französischen Offensiven im Frühjahr 1917

Bern, 5. Febr. „L'Oeuvre" zufolge erklärte ein Freund Painlevés, die Einstellung der April-Offensive sei erfolgt, da bereits am 16. April 1917, 9 Uhr vormittags, festgestanden habe, daß die Durchbruchs-Offensive erfolglos verlaufen und keine Aussicht auf erfolgreiche Wiederaufnahme bestanden habe. Nivelle habe am 17. April, 12 Uhr mittags, den Befehl erteilt, die Offensive auf der Gesamtfront einzustellen. Die folgenden Offensivhandlungen Anfang Mai seien nur örtliche Unternehmungen gewesen. Die Regierung habe sich in keiner Weise in die Führung der Operationen gemischt, sondern diese vollkommen dem Oberkommando überlassen.

Das Operationsheer der Alliierten

Bern, 4. Febr. „Tribuna" erfährt aus London, daß das Operationsheer der Alliierten als bereits gebildet betrachtet werden könne, daß es jedoch noch nicht zusammengezogen sei. Das Operationsheer werde unmittelbar dem Versailler Kriegsrat unterstehen.

Beginn des Prozesses gegen Bolo-Pascha

Paris, 4. Febr. Heute hat hier vor dem 3. Senat des Kriegsgerichts der Prozeß gegen Bolo-Pascha begonnen, der vor Gericht gestellt worden ist unter der Beschuldigung, Beziehungen zu Deutschland unterhalten zu haben in der Absicht, dessen Unternehmungen zu fördern, 1. in der Schweiz in der Person des Khediven von Egypten Abbas Hilmi Jusiff Saddi Pascha, 2. in Paris, indem er von Cavallini eine Geldsumme annahm, die von Deutschland an den Khediven geschickt worden war, um eine friedensfreundliche Bewegung hervorzurufen, 3. in den Vereinigten Staaten, indem er sich durch Deutschland eine bestimmte Summe zustellen ließ zu dem Zwecke, eine Bandung der öffentlichen Meinung in der französischen Presse herbeizuführen, 4. in Paris, indem er Geld an die Presse, besonders an den Direktor des „Journal" zahlte. Cavallini wird beschuldigt, Beziehungen mit Deutschland unterhalten zu haben in der Absicht, dem Feinde Vorschub zu leisten, indem er Bolo-Pascha eine Geldsumme übermittelte und versuchte, die „Action" und den „Figaro" mit Geldsummen, die aus Deutschland stammten, zu kaufen. Procher wird der Teilnahme an verschiedenen der obengenannten Straftaten beschuldigt. Die Verteidigung beantragte, als Zeugen zu laden: Saddik Pascha, Abbas Hilmi Pascha, den Grafen Romanones und den Amerikaner Hearst. Regierungskommissar Mornet erwiderte, die an diese Zeugen abgesandten Telegramme seien unbeantwortet geblieben. Das Gericht verwarf daher die von der Verteidigung beantragte Vertagung des Prozesses. Darauf verlas der Gerichtsschreiber die Anklageschrift, die u. a. besagt, daß der deutsche Staatssekretär von Jagow die erforderlichen Geldmittel geliefert habe. Nach der Marne-Schlacht hätte Deutschland erkannt, daß der brutale Angriff nicht zum Ziele führe. Es hätte daher eine Annäherung an Frankreich gewünscht, um eine Schwenkung zu machen und England zu besiegen. Es habe daher die öffentliche Meinung für einen Sonderfrieden vorbereiten müssen. Der Feind hätte sich entschlossen, große Geldopfer zu bringen. Deutschland habe auf das Parlament und die Presse Einfluß ausüben wollen durch pessimistische Nachrichten, die in geschickter Weise durch im Solde Deutschlands stehende Agenten verbreitet werden sollten, um Verwirrung anzustiften und den vaterländischen Einklang in Paris zu stören.

Die amerikanisch-norwegischen Verhandlungen

Kristiania, 5. Febr. Die Antwort der norwegischen Regierung auf die Vorschläge des amerikanischen Handelsministeriums bezüglich der Zufuhr von den Vereinigten Staaten nach Norwegen betont den festen Willen, neutral zu sein. Deshalb könne Norwegen handelspolitische Verbindungen mit einem der Kriegführenden nicht abbrechen, ohne befürchten zu müssen, die Neutralität in der Allgemeinheit nicht aufrechterhalten zu können. Das Land dürfe nicht vor die Wahl zwischen einer vollständigen Notlage und einem eine Gefahr für seine Neutralität bedeutenden Vertrag gestellt werden. Norwegen werde sich nicht ohne große Schwierigkeiten verpflichten können, Deutschland kein Schwefel, Erz, Kalzium, Karbid oder Kalzium-Nitrat zu liefern, da Deutschland bezüglich dieser Waren ein alter Kunde Norwegens sei. Schließlich erklärt die Antwort, daß Norwegen den Vereinigten Staaten insofern entgegenzukommen versucht habe, indem es den größten Teil seiner Ausfuhr anbot, um die für seine nationale Gesundheit und Erzeugungsfähigkeit notwendige Zufuhr zu erhalten.

Die britische Flankierung der deutschen Küste

Von Maritimus

Der nicht weiter überraschenden Meldung von der dauernden Festsetzung der Engländer in Calais — Pachtung auf 99 Jahre usw. — folgt unmittelbar die von Berlin eingegangene Mitteilung der „Köln. Ztg.", daß die Londoner Regierung einen „Nordischen Bund" unter britischem Protektorat anstrebe, der die drei skandinavischen Königreiche, die junge finnische Republik und die künftigen Freistaaten Kurland, Estland und Livland umfassen soll. Man wird an der zweiten Meldung so wenig zweifeln dürfen, wie an der ersteren. Denn das rheinische Blatt berief sich ausdrücklich auf „gut unterrichtete Kreise", unter denen man bei den bekannten Beziehungen der „Köln. Ztg." nur das Auswärtige Amt wird verstehen dürfen. Es kommt unter diesen Umständen weniger darauf an, ob weiter die offiziöse Darstellung richtig ist, wonach die geistige Urheberschaft dieser nordischen Kombination bei England selbst zu suchen ist, oder ob die anderweite Meldung zutrifft, daß die Esten (besonders die Stadt Reval) aus bitterer Enttäuschung über die ausbleibende deutsche Hilfe gegen die maximalistische Schreckensherrschaft sich um den britischen Schutz bemüht haben, in dem sie sich an den englischen Gesandten in Stockholm wandten und ihm nahelegten, aus Reval einen Freihafen unter englischer Oberhoheit zu machen. Nach der „Köln. Ztg." soll bekanntlich umgekehrt England Beziehungen zu den führenden Kreisen Estlands und Litauens angeknüpft und zur Stützung seines Einflusses in diesen Gebieten bereits möglichst viel Grund und Boden in englischen Besitz gebracht haben. Es kann uns, wie gesagt, heute fast gleichgültig sein, wo die Tatsächlichkeit dieses Gedankens zu suchen ist, zumal ja auch die Annahme liegt, daß das englische Geld in den baltischen Ostseeprovinzen vorgearbeitet hat, so daß sich dort das Bedürfnis nach englischem Schutz in dem Augenblick herausstellte, in welchem es der Londoner Regierung am gelegentlichsten kam. Es genügt für uns die Tatsache, daß sich die Dinge so entwickelt haben, wie es aus den vorstehenden Nachrichten zu ersehen ist. Und diese Tatsache wiederum nötigt uns zu Betrachtungen ernstester Art: Betrachtungen, bei denen es nicht bleiben darf, die sich an unseren verantwortlichen Stellen zu Entschlüssen verdichten müssen, wenn England nicht schließlich doch noch sein Ziel erreichen und das zu Lande wie zu Wasser siegreiche Deutsche Reich den gewaltigen Krieg als „zweiter Sieger" beenden soll.

Im Grunde können wir der Unersättlichkeit, Verschlagenheit und Skrupellosigkeit der Londoner Machthaber fast dankbar sein. Denn ihre umfassenden Pläne sind, wie nichts anderes, geeignet, uns die grenzenlosen Gefahren eines deutschen Verzichtfriedens „ohne Annexionen und Kontributionen" im grellsten Lichte zu zeigen. Die dauernde Festsetzung der Briten in Calais und Reval bedeutet zunächst in militärischer Hinsicht eine Flankierung des deutschen Küstengebiets an der Ost- wie an der Westgrenze, die wie die Umklammerung in einem Schraubstock wirken muß und die wir auch deshalb um jeden Preis verhindern müssen, weil sie sogar die Ausdehnung des deutschen Machtbereichs auf die flandrische und die kurländische Küste illusorisch machen und die unsere Seeherrschaft in der Ostsee, wie auch die Seefreiheit im Kanalgebiet zwischen England und Frankreich mit einem Schlage wieder vernichten würde. Darüber hinaus aber beweisen die Calaiser und die Revaler Absichten Lloyd Georges in allgemein- und machtpolitischer Hinsicht noch etwas anderes: sie zeigen, wie wenig unsere Gegner sich mit Verzichtgedanken tragen, wie sie die in dieser Zeit liegende Zumutung als eine Lächerlichkeit ohnegleichen empfinden und wie sie selbstverständlich entschlossen sind, das an sich zu reißen, was wir zu nehmen den Mut nicht aufbringen können, obwohl es uns nach dem Siegerrecht gehört und obwohl wir mit solcher Zaghaftigkeit selbstmörderisch an uns selbst und direkt unverantwortlich an dem kommenden Geschlecht handeln.

Die Meldungen betreffend den „nordischen Bund unter englischem Protektorat" kommen deshalb gerade zurecht, um in die Schläfrigkeit und in das weltverlorene Theoretisieren von Brest-Litowsk wie eine Handgranate hineinzufahren. Vielleicht wirkt dieses Zeichen stimulierend ein auf die sanfte Methode des Herrn von Kühlmann; vielleicht erkennen wir jetzt, welches das Ende und wie das Aussehen der künftigen deutschen Ostgrenze sein wird, wenn wir weiterhin einen Friedensschluß noch dem Dogma der internationalen Demokratie oder gar nach dem schwindelhaften „Freiheitsprinzip"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191802061-19/fragment/page=0001

der Trotzki und Genossen betreiben. Die „Voss. Ztg." freilich, die sich mit ihrer russischen Politik in eine Sackgasse verrannt hat, aus der sie sich nicht mehrherausfindet, kommt zu dem Ergebnis: „Die unterrichteten Berliner Kreise, von denen diese Nachricht (betr. den „Nordischen Bund") usw. stammt, werden nunmehr wohl in der Lage sein, aus ihren eigenen Informationen die Lehre zu ziehen, daß die deutschen Versuche, bisher russisches Gebiet abzuspalten, gefährlicher sind, als die Teilnehmer an dem Befreiungsrummel erwartet haben." Wir trauen den Berliner Kreisen, zumal den obersten militärischen Stellen, denn doch etwas weniger Stubenweisheit und etwas klarere Einsicht in die deutschen Lebensnotwendigkeiten zu und sind überzeugt, daß sie geradezu den entgegengesetzten Schlüssen kommen werden, um der drohenden Flankierung der deutschen Küsten vorzubeugen nach der Parole „Sände weg!" und nach dem guten Wort: „Das Land, in das der deutsche Aar seine Fänge geschlagen hat, ist deutsch und wird deutsch bleiben!"

Das deutsche Erbübel

Der Vernichtungskrieg unserer Feinde war in seinen von England geleiteten jahrelangen Vorbereitungen auf eine scheinbar untrügliche Reihenaufgabe gestellt: Zahlenmäßige Ueberlegenheit der verbündeten Feinde, Abschnürung Deutschlands von seiner Zufuhr über See, Zwang zum Zweifrontenkrieg infolge seiner geographischen Lage. Trotz all dieser die Kriegsziele unserer Feinde begünstigenden Faktoren steht heute nach 3½ Kriegsjahren Deutschland militärisch günstiger da, als beim Beginn; wirtschaftlich haben wir nicht nur durchgehalten, sondern konnten durch kriegerische und organisatorische Maßnahmen unsere Kriegswirtschaft so stellen, daß sie für die uns von unseren Feinden aufgezwungene weitere Dauer des Krieges gesichert ist; der Zweifrontenkrieg ist zusammengebrochen, die russische Dampfwalze in Blut und Sumpf stecken geblieben, nur das deutsche Schwert bahnte uns den Weg nach Brest-Litowsk. Dieses weltpolitische Wunder ließ bei unseren Feinden die Erkenntnis aufdämmern, daß bei uns Kräfte wirksam sind, die sie nicht richtig gewertet haben.

Im deutschen Wesen, das sich in strengem und doch freudigem Pflichtgefühl offenbart, liegt das Geheimnis der deutschen militärischen Stärke. In keinem Lande sind Heer und Volk so eins, wie in Deutschland. In der bewußten und wirksamen Hingabe an Volk und Staat steht der deutsche Soldat obenan. Im Moralischen liegt zum größten Teil seine Ueberlegenheit. Er will, was er will, während der persönliche Wille des englischen, französischen und russischen Soldaten zu dem, was er will, wesentlich geringere Beziehungen besitzt. Die deutsche Art ist sichlich stärker und wertvoller als die, die mit ihr im Kampfe siegt. Der deutsche Geist ist es, der sich auch von einer Ueberzahl nicht töten, nicht unterdrücken läßt.

In dieser Richtung also haben unsere Feinde sich gründlich verrechnet, und mit schweren Opfern an Blut und Gut haben sie die bittere Lehre bezahlt. Nun aber, da sie sich mit der Kunst ihrer äußeren Mittel am Ende sehen, glauben sie in höchster Not, wie sie hoffen noch zur rechten Zeit, die Achillesferse des deutschen Wesens entdeckt zu haben: das deutsche Erbübel der Nörgelsucht, der Prinzipienreiterei, des Parteigeistes. Diesen inneren Erbfeind der Deutschen brauche man nur zu reizen, bis er überschäumt, bis die Volksseele ins Kochen gerät, dann sei es mit der deutschen Einigkeit aus, die uns bisher unüberwindlich gemacht hat, und die sei Beginn des Krieges das schönste und größte Erlebnis unserer gewaltigen Zeit war. Die feindliche Presse hat uns durch ihre voreiligen Berichte die untrüglichsten Beweise dafür geliefert, daß der nach kurzer Dauer von wenigen Tagen ergebnislos gescheiterte Arbeiterausstand in Groß-Berlin und einigen anderen Orten des Reiches ein Werk feindlicher geheimer Werbetätigkeit war. Umfaßte der Teilausstand, dem wirtschaftliche Arbeiterforderungen überhaupt nicht zu Grunde lagen, auch nur einen geringen Prozentsatz der in der Rüstungsindustrie tätigen und zwar zumeist der ungelernten, jugendlichen und weiblichen Arbeiter, so haben die bedenklichen Folgeerscheinungen doch gezeigt, wohin eine im Ziel verfehlte, in den Mitteln falsche und in den Folgen gefährliche Demonstration der Massen führen kann. Auch den durch eine falsch verstandene Solidarität zu Mitläufern der Demonstration gewordenen Arbeitern wird inzwischen zum Bewußtsein gekommen sein, daß sie das Opfer gewissenloser Volksverhetzer und letzten Endes gedungener feindlicher Agenten geworden sind. Der Zubel des feindlichen Auslandes hat ihnen gezeigt, wohin der Weg führt, den zu gehen sie im Begriff waren.

Auch die geringste Störung unserer Kriegsarbeit schädigt die Kriegführung, verlängert den Krieg, gefährdet das Leben und die Gesundheit unserer Kämpfer im Felde. Angesichts unserer militärischen und wirtschaftlichen Lage ist uns der Endsieg unentreißbar, der uns den Frieden bringen will, von dem das Wohl der deutschen Arbeiterschaft in erster Linie abhängt. Wiederholt haben unsere Feinde einen für sie annehmbaren Frieden unter Beschimpfungen und Verhöhnungen abgelehnt; im Interesse des gesamten werktätigen Volkes, im Interesse des Daseins und der Sicherheit Deutschlands muß unser Schwert ihnen den Friedenswillen aufzwingen, wenn sie sich nicht eines Besseren besinnen:

Will unser Feind den Frieden? — Nein!
Er will vom Schwert geschlagen sein.
Drum an den Amboß, deutscher Schmied.
Das Schwert nur singt dein Friedenslied!

Russische Deserteure

Bern, 5. Febr. Desertionen von Angehörigen der russischen Truppen-Kontingente in Frankreich mehren sich andauernd. Die Schweizer Presse berichtet fast täglich vom Eintreffen kleinerer Trupps russischer Soldaten und Offiziere in der Schweiz, die meist unter sehr großen Gefahren aus Frankreich entfliehen. Nach der „Gazette de Lausanne" sind gestern wiederum zehn Russen eingetroffen, die sich über die schlechte Behandlung in Frankreich beschwerten.

Eine Rede des englischen Landwirtschaftsministers

Rotterdam, 5. Februar. Dem „Rieuw. Rott. Cour." zufolge berichtet die „Times" vom 2. Februar über eine Rede des englischen Landwirtschaftsministers Prothers auf einer Konferenz der Vertreter aller Landwirtschaftsvereinigungen in England und Wales über die Sprüche zu Viehfutter und die Maßregeln, die zur Erhaltung des Viehbestandes notwendig seien. Prothers sagte, England werde in den nächsten 8 Monaten die gefährlichste Periode seiner Geschichte durchleben. Aus der Berechnung der im Reiche vorhandenen Hafermengen und anderen Viehfuttermengen gehe hervor, daß für die Bauern nicht genug da sei, und daß eine drastische Veränderung eintreten müsse, da es sonst zu einer Katastrophe kommen würde. Zum Schluß sagte Prothers noch, daß die Kutsch- und Luxuspferde abgeschlachtet oder von Gras leben müßten.

Wer durchhält, gewinnt den Krieg

Bern, 4. Febr. Carson sagte nach der „Daily Mail" bei einem Frühstück der britischen Produzenten-Organisationen am 31. Januar u. a.: „Die Zeiten sind nicht nur ernst, sondern kritisch, aber ebenso für unsere Feinde. Die große Frage ist jetzt, wer von beiden aushält. Die Deutschen vertrauen nicht so sehr auf ihre militärische Ueberlegenheit als auf die Tatsache, daß sie eine wohldisziplinierte Nation sind. Es würde ein verhängnisvoller Tag für die Freiheit der zivilisierten Welt sein, an dem sich herausstellte, daß die Demokratie bei der großen Probe nicht auf der Höhe ist. Lassen Sie uns die Nation nicht in zwei Lager teilen, als ob sie aus Kasten, die den Krieg und solche, die den Frieden wollen, bestände. Wir alle wollen den Frieden haben, es ist aber zu bedenken, daß ein großer Unterschied zwischen dem wirklichen Frieden und einem Flickwerk-Frieden ist. Ich gehöre zu denen, die meinen, daß keine Gelegenheit unbenutzt vorübergelassen werden dürfte, die den Krieg zu einem erfolgreichen, ehrenhaften Ende bringen kann. Aber in den Reden, die wir unlängst von Deutschland und Oesterreich-Ungarn hörten, sehe ich keine Annäherung seitens unserer Feinde an einen ehrenhaften, bleibenden Frieden."

Aus dem Landesamte für Nährmittel

Berlin, 5. Febr. Der Landrat des Kreises Militsch von Grolmann ist mit dem 15. März von seiner Stellung als Vorsitzender des preußischen Landesamtes für Nährmittel und Eier auf seinen Antrag enthoben, um sich ausschließlich der Leitung des Landesamtes für Futtermittel zu widmen. Zu seinem Nachfolger an der Spitze des Landesamts für Nährmittel und Eier ist der Oberbürgermeister der Stadt Essen, Geheimer Regierungsrat Holle, ernannt worden.

Die Kriegswirtschaft in Oesterreich

Wien, 5. Febr. Eine Verordnung des Volksernährungsamtes schreibt für die Verköstigung außerhalb der Haushaltungen den Menuzwang vor; der Gastwirt muß regelmäßig eine Speisenfolge bekannt geben. Die Regierung hat im Abgeordnetenhause einen Gesetzentwurf über Elektrizitäts-Wirtschaft eingebracht.

Eine bemerkenswerte Wandlung

In einer Kriegszielbetrachtung der „Frankfurter Zeitung" finden sich folgende Sätze:

Wir wollen und werden, wenn die Stunde gekommen sein wird, nur den Frieden schließen, der uns frommt, dem deutschen Volke einen Ersatz für die freudig gebrachten Opfer gewährt und es vor gleichen Gefahren in Zukunft schützt .....

Wir können uns auch nicht denken, daß die theoretische Verwerfung aller Annexionen, die in den Programmen einiger politischer Parteien enthalten ist, die nationale Einheit in dem großen Augenblick unseres Sieges sollte gefährden können. Der Krieg hat uns sehr viel Neues über uns und unsere Stellung in der Welt gelehrt. — — — Sollte die wirklich eine irgendwann und irgendwo beschlossene Plattform Deutsche verbinden, ihrem Vaterlande Gebiete anzugliedern, deren Besitz aus nationalen und politischen Gründen wünschenswert wäre?"

Jedes Mitglied der Vaterlandspartei kann diese Ausführungen in der „Frankfurter Zeitung", die ein treffendes Urteil über die Friedensentschließung des Reichstages vom 19. Juli 1917 enthalten, Wort für Wort unterschreiben.

Ebenso verhält es sich mit einem Aufsatz des „Berliner Tageblatts", in dem die Notwendigkeit begründet wird, Antwerpen für das Deutsche Reich politisch in Besitz zu nehmen.

In dem Aufsatz heißt es u. a.:

Geographisch ist Antwerpen ein belgischer Hafen, handelspolitisch aber seit langem ein deutscher. Wenn man den Antwerpener Hafen entlang fährt, gewinnt man sofort den Eindruck, daß es deutscher Handel und deutsche Schiffahrt sind, die hier dominieren. Während wir Belgien und seinen Häfen durch unsere wirtschaftliche Expansion einen großen gewerblichen Aufschwung schufen, haben andere Nationen sich bemüht, das belgische Volk zu seinem eignen Verderben mit politischen und nationalistischen Argumenten gegen uns einzunehmen. Daß die Belgier auf diese Verlockungen kurzsichtig eingegangen sind, werden sie wohl bereits bereuen. Für uns aber hat die Eroberung Antwerpens die Bedeutung, daß wir einen Hafen, dessen wirtschaftliches Wachstum schon bisher dem deutschen Handel zu danken war, nun auch politisch in Besitz nehmen."

Die Ausführungen der „Frankfurter Zeitung" stammen vom 12. März 1915, die des „Berliner Tageblatts" vom 10. Oktober 1914. Beide haben also, meint der „Deutsche Kurier", dem wir diese Auszüge entnehmen, gewaltig umgelernt, leider in der falschen Richtung.

Bulgarischer Heeresbericht

Sofia, 4. Febr. Amtlicher Heeresbericht vom 3. Februar. Mazedonische Front: Bei der Tscherverna Stena vertrieben wir durch Feuer eine starke feindliche Erkundungsabteilung. Am Cernabogen beiderseits Feuertätigkeit von wechselnder Stärke. Unsere Sturmgruppen brachten aus den feindlichen Gräben beim Dorfe Mazovo verschiedenes Kriegsmaterial zurück. Südwestlich von Doiran lebhaftes Artilleriefeuer.

Dobrudscha-Front: Keine Kriegstätigkeit.

Türkischer Heeresbericht

Konstantinopel, 4. Febr. Tagesbericht. An keiner Front Ereignisse von Bedeutung.

Die Pest in Südrußland

Petersburg, 4. Februar. Die Pest breitete sich in Südrußland aus. Aus Jalta wird mitgeteilt, daß die Pest-Epidemie immer größere Ausdehnung annimmt. Auch in Kaukasien sollen Pestfälle vorgekommen sein. Das Rote Kreuz hat einen Sanitätszug mit Desinfektionsmaterial abgesandt.

Der König der Belgier in Südfrankreich

Paris, 4. Febr. (Havasmeldung.) Der König der Belgier hat sich für einige Tage nach Südfrankreich begeben, wo sich die Königin aufhält.

Die Blutopfer des Adels

Der Krieg ist mehr als je ein anderer, ein Krieg des ganzen Volkes. Ungeheuer blutig, nun auch schon von langer Dauer, tief im vierten Jahre, gibt es fast keine Familie in ganz Deutschland, die nicht mindestens einen näheren Verwandten zu betrauern hat. Wenn wir hier den Adel hervorheben, so geschieht das einmal, um von vornherein gewissen Verdächtigungen entgegenzutreten, heute aber, weil hier Zahlen vorliegen, die allerdings nur bis Oktober 1915 reichen. Damals schon waren gefallen aus gräflichen Häusern 185, aus freiherrlichen 454, aus uradeligen 572 und aus briefadeligen 552 tapfere Kämpfer — und wie viel werden in den letzten zwei Jahren noch dazugekommen sein! Die Familien mit dem größten Blutopfer gehören dem altpreußischen Militäradel an, dessen gleichen kein anderes Heer kennt. Schlagen wir die Rangliste nach, so finden wir in der letzten vor dem Kriege 44 Wildenbruch, 36 Wedel, 30 Arnim, zu denen dann noch die Kriegsfreiwilligen und die schon im Ruhestand befindlichen hinzutreten, die der Krieg wieder unter die Fahnen rief. Keine Familie hatte bis Oktober 1915 so schwere Verluste zu verzeichnen als die Wedel, deren 18 auf dem Feld der Ehre geblieben waren, der Bülow sind 14, der Arnim 13, ihnen folgen die Knobelsdorf, die Oertzen, die Loever. Es würde zu weit führen, alle diese Familien anzuführen, es sind verwiegend Mitglieder des jüngeren Offizierkorps, das in den ersten Schlachten heldenmütig der Mannschaft voran in den Tod stürmen zu müssen glaubte. Wie mancher mag darunter gewesen sein, der ein Hindenburg der Zukunft hätte sein können! Aber der Tod hat nicht minder eingegriffen in die Kreise des deutschen hohen Adels, jener Familien, die unter dem alten 1806 begrabenen Deutschen Reich die Reichsfreiheit besaßen und den noch jetzt regierenden deutschen Fürstenhäusern dem Range gleichstehen. So fielen der Fürst von Stolberg-Roßla, der Erbprinz von Salm-Salm, der Fürst von Schönberg-Waldenburg, der Prinz Alexander von Ratibor aus dem Hause Hohenlohe.

Groß ist auch die Zahl der gefallenen Mitglieder deutscher Fürstenhäuser. Alle Kriege von 1864/71 hatten nur ein Opfer aus diesen Kreisen aufzuweisen, den Prinzen Anton von Hohenzollern, der bei Königgrätz fiel. Nun sind gefallen zwei Prinzen von Lippe, zwei Prinzen von Reuß, Prinz Friedrich von Sachsen-Meiningen und sein Sohn Ernst, Prinz Wolrad von Waldeck. Im Prinzen Maximilian von Hessen verlor unser Kaiser einen Neffen. Das preußische Königshaus opferte den kühnen Prinzen Friedrich Karl, der schwerverwundet als Flieger in englische Gefangenschaft geriet und dort seinen Wunden erlag, das bayrische den Prinzen Heinrich, den im Grenzgebirge zwischen Siebenbürgen und Rumänien die feindliche Kugel traf. Jeder hat sein Bestes getan und wird noch weiter sein Bestes tun, denn noch ist kein Ende des Kampfes abzusehen. Wenn sich immer der baldige Friede anzukündigen schien, stets war es ein Trugbild. Der Krieg hat ein Schwergewicht in sich selbst und muß sich auslaufen. Aber die im Felde stehen, sie sehen dem Feind nicht minder kühn entgegen als die, deren Namen die Ehrentafeln der Geschlechter verzeichnen. Und insbesondere hat unser Adel seinen alten Ruhm bewährt und wird ihn noch weiter bewähren!

Fortschrittliche Kriegsziel-Erkenntnis?

Im Verlage von Karl Siegismund, Berlin, erscheint eine Sammlung „Schützengrabenbücher für das deutsche Volk" (Preis für das Heft 20 Pfg.), die dazu bestimmt sind, in größter Masse im Volke und Heere verbreitet zu werden, da die einzelnen Hefte eine Auflage von über 100 000 haben, d. h. bei den jetzt erschienenen mindestens 80 Heften über 8 Millionen gedruckt sind.

Zu den letzthin herausgekommenen gehört auch Nr. 71: „Deutsche Arbeit und deutscher Sieg" von Friedrich Weinhausen, Mitglied des Reichstages und Mitglied des Hauses der Abgeordneten. 1. bis 117. Tausend. In mehreren Abschnitten (Ein Besuch auf dem Lande. Ein Meistererlebnis. Eine schwierige Berufswahl. Fabrikgespräche) stellt er die Folgen dar, die eine Niederlage bezw. ein Sieg des deutschen Volkes auch auf das Leben der „kleinen Leute" nach dem Kriege ausüben müssen. Von ganz besonderem Belange ist dabei eine Auslassung in dem Abschnitt „Eine schwierige Berufswahl" für die Stellung, die Herr Weinhausen zu den Ergebnissen nimmt, die der Friede uns bringen muß. Nach dem genannten Aufsatz erhält der Verfasser den Besuch eines Freundes, dessen Sohn nächstens mit dem Einjährigen-Zeugnis die Schule verlassen wird und vor der Frage steht, welchen Beruf er wählen soll. So gehen die beiden Freunde alle in Betracht kommenden Berufe durch. „Gemeinsam blieb aber nach allen Untersuchungen die Ueberzeugung, daß der Ausfall des Krieges für die Aussichten aller Gruppen des neuen Mittelstandes von entscheidender Bedeutung sei." Nachdem dann die trüben Folgen eines unglücklichen Krieges dargestellt sind, fährt Herr Weinhausen fort:

Wenn dagegen, wie wir sicher annehmen dürfen, dieser Krieg mit einem vollendeten Sieg für uns endet, dann wird unsere Volkswirtschaft einen gewaltigen Aufschwung nehmen. Große Arbeitermassen werden eingestellt und entsprechendes Aufsichts- und Verwaltungspersonal wird gesucht werden. Unsere Frauen und Mädchen haben dann weniger nötig, in die männlichen Berufe hineinzugehen, um leben zu können. Die Steuerlast wird uns nicht erdrücken, weil dann ja die Feinde unsere Kriegsschulden ganz oder teilweise zu zahlen haben werden.

Da Herr Weinhausen Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei im Reichstage ist, so darf man wohl mit voller Sicherheit annehmen, daß er mit dem Satze „weil ja dann unsere Feinde unsere Kriegsschulden ganz oder teilweise zu zahlen haben werden", den er vor der breitesten Oeffentlichkeit ausspricht (das Buch ist ja in 117 tausend Exemplaren gedruckt), auch die Ansicht seiner Partei kundgibt, und daß demnach die Fortschrittliche Volkspartei niemals für einen „Frieden ohne Annexionen und Kontributionen" zu haben sein wird!?

Reichstagsabgeordneter Warlo †

Gleiwitz, 5. Febr. Der Reichstagsabgeordnete für Lublinitz-Tost-Gleiwitz, Oberlandmesser Stadtrat Augustin Warlo (Zentr.), ist heute mittag einem Schlaganfall erlegen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191802061-19/fragment/page=0002

Ein Jahr U-Bootkrieg

Die Wirkung des U-Bootkrieges auf das bürgerliche und sozialpolitische Leben und den Aufbau der Volkswirtschaft der Westmächte

(Nach amtlichen Quellen.)

Die wirtschaftliche Lage unserer westeuropäischen Gegner hat sich gegen Ende des Jahres auf allen Gebieten merklich verschärft.

Die Ernährungsfrage ist infolge der durch Schiffsraummangel verursachten steigenden Knappheit der Zufuhren einerseits und der Mißernten in Argentinien, Australien, der allgemein herrschenden Futtermittelnot, der infolgedessen eine erhebliche Verminderung der Viehbestände bereits zur Folge gehabt hat, und des Versagens eingeleiteter Abwehrmaßnahmen stark in den Vordergrund getreten, zum Teil kritisch geworden.

Die Knappheit an Schiffsraum hat eine wesentliche Verteilung eines großen Teils der Nahrungsmittel- und Rohstoffversorgung der Westmächte notwendig gemacht. Zufuhren aus den europafernen Erzeugungsgebieten sind nur noch in stark vermindertem Umfange möglich. Die Länder des atlantischen Ozeans und des Mittelmeeres müssen in der Hauptsache den Bedarf bestreiten. Die Verbraucher Staaten sind Hauptzufuhrland sowohl im Rohstoffbezug im Verbedeutungsverkehr geworden. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, daß sie infolge des durch die ungeheuren Rüstungen und den Schiffsraumverlust eingetretenen stark gesteigerten Selbstbedarfs und wegen Mangels an genügender Zufuhr ihre Ausfuhr nach Westeuropa stark einzuschränken gezwungen sind. Zur Auffüllung der Bestände in Amerika und den Mittelmeerländern, besonders Ägypten, versucht man aus den europafernen Gegenden die sich dort befindenden Erzeugnisse mit dem schon jetzt ungenügenden Schiffsraum heranzuschaffen.

In England haben die ergriffenen Abwehrmaßnahmen großen Stils: die Einfuhr- und Verbrauchsbeschränkungen, die Vergrößerung der Getreideanbaufläche, die Regierungsaufsicht über Schiffahrt, Schiffbau und andere wichtige Betriebe, die Nahrungsmittel- und Rohstoffbeschlagnahme und die Versuche einer Nahrungsmittelrationierung einerseits nicht den gewünschten Erfolg gehabt, andererseits starke Verstimmung hervorgerufen. Herbe, öffentlich ausgesprochene Kritiken lassen zum Teil auf ein Versagen der Maßnahmen schließen, besonders gilt das für die Nahrungsmittelverbrauchsbeschränkung, die Vergrößerung der Getreideanbaufläche, den Schiffbau und die Lebensmittelrationierung. Die zuletzt genannte Maßnahme ist vorläufig von der Regierung den Gemeinden zugeschoben. Der Stimmungsstand liegt aber darin, daß es an der Verteilung von einer Zentralstelle aus an die Gemeinden fehlt. Diese sind in Volksversammlungen energisch gefordert. An der Möglichkeit der Durchführung muß man zweifeln. Zuverlässige Dispositionen sind wegen der Unsicherheit der Zufuhr zur See unmöglich. Da man auf allen Gebieten beginnt von der Hand in den Mund zu leben, entstehen an den verschiedensten Stellen nicht vorherzusehende Lücken. Der Aufbau, sie mit der nötigen Schnelligkeit auszufüllen, ist die schwere Verkehrsorganisation des Landes nicht gewachsen. Zur Preissteigerung der Waren ist Knappheit und sogar Not getreten. Besonders deutlich ist es in der Fleisch- und Fettversorgung. Rohstoffknappheit hat zu Einstellungen von Industriebetrieben gezwungen. Dann kommt jetzt die Notwendigkeit, Arbeitskräfte zur Auffüllung des Heeres sogar aus der Kriegsindustrie herauszuziehen. In den Arbeiterkreisen herrscht wachsende Unruhe. Der Ausfall an Arbeitstagen durch Streiks hat sich von Januar und November 1917 verzehnfacht. Amtliche Äußerungen und öffentliche Meinung zeigen steigende Besorgnis über die Möglichkeit ausreichender Versorgung, besonders mit Lebensmitteln. Das englische Reedergeschäft ist so gut wie vernichtet, die englische Flagge aus ganzen Weltgebieten z. B. Ostasien, aus dem mexikanischen Golf, aus dem Verkehr von Brasilien nach den Vereinigten Staaten und aus einer großen Zahl anderer Fahrten fast verschwunden.

In Frankreich herrscht Mangel vor allem an Brotgetreide, Futtermitteln, Kohle und neuerdings auch an Metallen. Dabei heißt es, daß Frankreich noch Italien aushelfen müsse. Die Stimmung der unteren Bevölkerung ist gedrückt.

Die Lage Italiens ist noch bedenklicher. Kohlen- und Rohstoffmangel machen sich im Verkehrswesen und in der Rüstungsindustrie empfindlich fühlbar. Die Kohlenknappheit wird als katastrophal bezeichnet. Mißstimmung und Friedenssehnsucht unter der Bevölkerung sind in starkem Wachsen.

Aus den Vereinigten Staaten kommen neuerdings übereinstimmende Nachrichten, daß auf einigen Versorgungsgebieten sowohl in Lebensmitteln wie in Rohstoffen Knappheit herrscht. In Verbindung mit ihrer führenden wirtschaftlichen Stellung im Verbande unserer Feinde gewinnt dieser Umstand besondere Bedeutung. Die Verkehrsorganisationen, besonders die Eisenbahnen, sind den erheblich gesteigerten Anforderungen nicht gewachsen. Schwerste Störungen sind bereits eingetreten. Der starke Eigenverbrauch für militärische Rüstungen hat zunächst die Ausfuhr nach Westeuropa merklich sinken lassen. Für die Zukunft ist man hinsichtlich der Unterstützung der europäischen Verbündeten nach Äußerungen der feindlichen Presse und sonstigen Nachrichten vor die Frage gestellt, entweder ein Heer oder Zufuhren zu senden. Beides zusammen in größerem Umfange zu leisten ist wegen Schiffsraummangels unmöglich. Weitere Versorgungsquellen in Europa sind für die Westmächte nicht vorhanden, da überall Schiffsraummangels unmöglich. Weitere Versorgungsquellen in Europa sind für die Westmächte nicht vorhanden, da überall Schiffsraummangel und Knappheit herrschen und sich alle Staaten auf die Selbstversorgung einstellen.

Nachdem bisher alle unsere westeuropäischen Gegner, die Engländer ausgenommen, die Leiden des Krieges schwer am eigenen Leibe zu spüren hatten, ist nunmehr erreicht, daß auch unseren englischen Gegnern der Krieg mit seinen empfindlichen Wirkungen auf allen Gebieten ins Land getragen worden ist. Während noch vor einem Jahr englische Staatsmänner erklärten, Großbritannien könne ohne übermäßige Anstrengung mit gelassener Ruhe den Tag abwarten, an dem Deutschland durch Hunger und Not gezwungen den Gegner um Frieden bitten müsse, während sie die Bundesgenossen nach jeder mißglückten Offensive auf diesen Tag vertrösten konnten, ist es jetzt davon ganz still geworden. Nur noch im kleinen Kreise wagt sich Lloyd George, unser erbittertster Gegner, mit dieser Behauptung hervor, wenn er von seinen protestierenden Landsleuten in die Enge getrieben wird. So antwortete er erst kürzlich den Schiffsreedern, die ihm erklärten, daß die Verhältnisse unerträglich geworden seien, daß man genug Worte gehört habe und nun Taten sehen wolle; sie möchten sich nur kurze Zeit gedulden, in wenigen Monaten werde Deutschland infolge Hungers und innerer Schwierigkeiten zusammenbrechen, dann müsse es die englischen Bedingungen annehmen. Dem deutschen Volke sind diese Bedingungen bekannt, und man kann ihm die Antwort an den englischen Ministerpräsidenten durch die Tat ruhig überlassen. Unsere U-Boote werden ihm ihre Antwort auf dem Kampffelde erteilen.

Der U-Bootskrieg ist eine fast ausschließlich der Bekämpfung unserer westlichen Gegner dienende Waffe. Seine Bedeutung wächst in dem Augenblick, in dem der Verlauf des Krieges die Entscheidung ganz der Westfront zuweist. Er wirkt in seiner Art durch die eigenen Erfolge entscheidend neben dem Landkriege. Mit Beginn dieses Winters häuften sich die Nachrichten über eine Zuspitzung der Wirtschaftslage in England. Der bekannte Schriftsteller Bottomley sagt in einem Artikel „Die Gefahr von 1918" im „John Bull" vom 5. Januar, nachdem er von dem „grimmigen hageren Gespenst der Hungersnot" gesprochen hat: „Ich schreibe mit einem tiefen Gefühl von Verantwortung und ich weiß Dinge, die ich nicht wage, drucken zu lassen, auch Lloyd George weiß sie."

Man kann ruhig von allen Darstellungen der Presse den nötigen Prozentsatz für tendenziöse Uebertreibung oder Nervosität abziehen, es bleibt genug übrig, was die Lage Englands kennzeichnet.

Jede Tonne versenkten Schiffsraumes wird in ihrer Bedeutung als Transportraum mit der Zeit um ein Vielfaches ihres Einzelbetrages wichtiger, da der U-Bootkrieg nicht in einfachem Verhältnis, sondern kumulativ in Progression mit den bereits erzielten Störungen wirkt. Je weiter wir uns der Entscheidung nähern, um so größer wird seine Berechtigung, um so zwingender die Notwendigkeit, ihn zu führen.

Französischer Heeresbericht

vom 4. Februar nachmittags: Nach heftiger Artillerievorbereitung versuchten die Deutschen gestern Abend im Abschnitt westlich von Fresnes und nordöstlich Couch-le-Chateau einen Handstreich, der die Franzosen leicht abschlugen.

Flugwesen: In der Zeit vom 21. bis 31. Januar einschließlich wurden 9 deutsche Flugzeuge von den französischen Fliegern abgeschossen.

Englischer Heeresbericht

vom 4. Februar abends: Die feindliche Artillerie war am Nachmittage tätig östlich Hargicourt, ebenso zeigte sie etwas stärkere Tätigkeit tagsüber nördlich von Lens, bei Armentières und östlich Ypern.

Italienischer Heeresbericht

vom 4. Februar: Artillerie- und Minenwerfertätigkeit. Erkundungsabteilungen führten Handstreiche aus bei Castione, südlich von Mori und bei Capo Sil, wobei sie Gefangene machten. Unsere Flugzeuge führten zahlreiche und heftige Bombenbewerfungen auf rückwärtige feindliche Linien aus. Unsere lenkbaren Luftschiffe griffen mit Unterstützung der lenkbaren Luftschiffe der königlichen Marine letzte Nacht den starken feindlichen Verkehr auf den Eisenbahnen östlich von der Piave an und kehrten unversehrt zu ihren Ausgangspunkten zurück. Feindliche Flieger ließen ihrer Verwüstung freien Lauf und bewarfen Venedig und andere Hauptplätze der venezianischen Ebene, wo die Zivilbevölkerung am dichtesten ist und wo sich am wenigsten militärische Ziele befinden, mit Bomben. Padua, Treviso und Mestre wurden gestern wiederholt angegriffen. Zum ersten Mal bei Tagesanbruch, dann abends, schließlich während der Nacht. Bevölkerung und Privateigentum hatten wie immer eine größere Anzahl Opfer zu verzeichnen und erlitten sehr großen Schaden. Das Bürger-Krankenhaus in Treviso wurde getroffen. Man zählt 8 Tote und 10 Verwundete unter der Bevölkerung. In Venedig weder Opfer noch Sachschaden.

(Nachdruck verboten.)

Platanenallee Nr. 14

8) Roman von Dr. P. Meißner.

Er läutete wie wahnsinnig und schrie dem öffnenden Mädchen mit zitternder Stimme entgegen:

„Mein Herr ist tot — — Herr Sanitätsrat — — zu Hilfe — zu Hilfe!"

Dann war er wieder fort. Als er eben das Gartentor der Villa Ribbentrop erreichte, traf er mit Lilly zusammen. Sie fühlte, es mußte etwas passiert sein.

„Jakob was ist geschehen?"

„Das Unglück, gnädiges Fräulein, das Unglück!"

„Was ist passiert, Jakob, antworten Sie!"

„Der Herr Kammersänger — — tot!"

„Um Gottes willen, das ist ja nicht möglich!" Sie stürzte die Treppe hinauf, sah nicht die Köchin, die weinend in einer Ecke der Diele kauerte, durcheilte das Arbeitszimmer und betrat die hell erleuchtete Bibliothek.

Wie erstarrt blieb sie stehen. Sie sah genug. Das war der Tod! Mit rauher Hand hatte er in ihr friedliches Leben hineingegriffen. Nur mühsam konnte sie sich aufrecht halten, wie gebannt hing ihr Blick an der leblosen Gestalt, starr, wie ihrer Sinne abwesend. Immer angestrengter blickten ihre Augen und plötzlich, plötzlich sah sie — war sie denn wahnsinnig geworden? Sah sie etwas unter dem Tische hervorkriechen, langsam, ganz langsam, es kroch auf sie zu, schmal, dunkel glänzend — — „Blut! — — Mord! Mord!" schrie sie auf und sank leblos in die Arme des Sanitätsrats, der eben das Zimmer betrat. Ein Blick genügte dem erfahrenen Arzt, um zu sehen, daß sein alter Freund tot war, es galt zunächst, die Lebende zu bergen.

„Jakob, heulen Sie nicht, helfen Sie mir!" Beide bettete Lilly auf die Chaiselongue im Arbeitszimmer.

„Holen Sie kaltes Wasser!"

Der energischen Stimme des Arztes merkte man doch die innere Erregung und große Erschütterung an.

Nach wenigen Minuten schlug Lilly wieder die Augen auf, sekundenlang schien sie nicht zu wissen, was vorgegangen, dann trat ein energischer Zug in ihr schönes Gesicht, sie richtete sich ruckweise auf.

„Liegen bleiben, liebes Fräulein, liegen bleiben!"

„Nein, Doktor — nein, ich will sehen, wir müssen den Mörder finden — der arme — Onkel."

Kirchhoff sah, daß es falsch gewesen wäre, gegen diese Energie anzukämpfen. Er ließ sie gewähren. Auf seinen Arm gestützt, ging Lilly schweren Schrittes in die Bibliothek.

„Lassen Sie mich allein sehen, liebe Lilly!"

„Nein, nein — es ist vorüber, ich fühle mich stark genug. Ich muß selbst sehen. Bitte, bitte, Doktor, hindern Sie mich nicht!"

Kirchhoff näherte sich dem Toten. Ohne ihn zu berühren, betrachtet er ihn von allen Seiten. Auf dem grauen Haarteppich war der dunkle Streifen Blut zum Stehen gekommen. Als der Arzt jetzt hinter die Leiche trat, fuhr er zusammen. Da stak ja das Mordinstrument! Aus dem reichen Muster des indischen Schlafrockes ragte der eingelegte Griff eines orientalischen Dolches hervor.

„Er ist mit einem Dolch erstochen worden!"

Lilly trat zögernd heran und blickte nach der Stelle, auf die des Doktors Hand hinwies. Sie schrak zusammen, ihre Züge wurden weiß, blutleer, sie wandte sich ab.

„Ralfs — Dolch!" — kam es leise, kaum verständlich von den zitternden Lippen.

Schlürfende Tritte näherten sich vom Laboratorium her. Es war Lachner. In einen schäbigen Arbeitsanzug gekleidet, zitternd am ganzen Körper, schleppte sich der alte Mann herbei.

„Was ist — ich hörte Mord — wer? — Was?" kam es in heiseren, abgerissenen Lauten von seinen Lippen.

„Unser guter Ribbentrop ist erstochen worden!" Kirchhoff war auf den Alten zugegangen und führte ihn mit sanfter Gewalt zu einem Lehnstuhl.

„Erstochen — ja — so, so — 15. Mai — wer —" Die Worte erstarben in einem unverständlichen Gemurmel und der alte Mann saß mit weit geöffneten, starren Augen da, apathisch, unbeweglich, als ob er von alledem ringsum nichts merkte.

Kirchhoff sah sofort, daß der Mann viel zu alt und schwach war, um das furchtbare Geschehnis noch zu fassen, und er hielt es für das Beste, ihn zunächst zu entfernen. Jakob erhielt den Auftrag, den völlig apathischen Greis in seine Wohnung hinaufzuführen. Er wollte den Weg durch das Laboratorium nehmen, aber Kirchhoff hielt ihn zurück.

„Gehen Sie über die Diele, wir wollen das Laboratorium möglichst wenig betreten."

Lilly lehnte einer Statue gleich an der Tür zum Arbeitszimmer. Alle Bewegung war aus dem schönen Gesicht gewichen, sie sah unverwandt nach dem Toten hin, nur ihre krampfhaft geballten Hände zitterten und verrieten die innere Erregung.

„Liebes Fräulein Lilly, wollen Sie meinem freundschaftlichen Rat folgen? Ja? Lassen Sie sich zunächst zu meiner Frau bringen, hier ist nicht der Ort für Sie! Ich muß jetzt die Polizei und das Gericht benachrichtigen. Alles das sind notwendige Dinge, bei denen Sie doch nicht helfen können, seien Sie lieb, Marie wird Sie begleiten, gehen Sie!"

„Ja — ja, Doktor, ich will tun, was Sie wollen. Ich — — kann — — ja nicht helfen!" —

Marie war froh, einen Anlaß zu haben, das Haus zu verlassen, sie wußte vor Angst nicht, ob sie weinen oder jammern sollte, nur fort! fort! aus dem Mordhause, das war ihr einziger Gedanke.

Als sie gegangen, kehrte auch Jakob von oben zurück.

„Nun, haben Sie Lachner nach oben gebracht?

„Ja, Herr Sanitätsrat, ich habe den alten Herrn ins Bett gebracht, er war so matt und murmelte immer vor sich hin, es war gar nichts zu verstehen, nur immer wieder der ‚15. Mai'."

„Schon gut, Jakob, wir haben jetzt keine Zeit zu verlieren. Sie sperren jetzt die Haustür und das Gartentor zu, ich werde gleich an das Polizeiamt telephonieren. Geben Sie mir das Telephonbuch!"

Jakob eilte zum Schreibtisch. Er sah, daß dort nach irgend etwas gesucht worden war, die Schubkästen waren aufgezogen, Papiere umhergekramt, alles in auffälliger Unordnung. Er stutzte einen Augenblick, da sah er den nach Zwickau adressierten Wertbrief mit fünfhundert Mark Inhalt. Scheu blickte er um sich, dann nahm er mit schnellem Griff den Brief und ließ ihn in der Tasche seines Arbeitskittels verschwinden.

„Hier ist das Telephonbuch."

Kirchhoff war gerade in das Arbeitszimmer eingetreten. Er nahm den Hörer des Telephons zur Hand.

„Bitte Amt Alexanderplatz."

„Achtunddreißig siebenunddreiundzwanzig."

„Wer ist dort? Polizeipräsidium? Ja, ich bitte verbinden sie mich mit Revier 64, — — danke sehr."

„Hier Sanitätsrat Kirchhoff, Platanenallee. Ah, guten Morgen, Herr Hauptmann! Hören Sie bitte, ich bin hier in der Villa Ribbentrop — — Ribben — — trop — trop — te, bitte, der alte Herr ist ermordet worden — —, ja erstochen — vor etwa einer halben Stunde. Schicken Sie sofort Kriminalbeamte und Schupleute her und geben Sie Nachricht ans Präsidium. — Sie kommen selbst, umso besser — Schluß."

„Jakob, gehen Sie an das Gartentor und erwarten Sie die Herren!"

Kirchhoff setzte sich in einen der bequemen Klubsessel, des Arbeitszimmers. Jetzt, wo er allein war, wo das Nötigste schon geschehen war, überkam ihn erst das Gefühl des Schreckens und Entsetzens über diesen gänzlich unerklärlichen Mord. Es war kaum drei Stunden her, da hatte er den alten Freund frisch und munter in seinen Garten arbeiten sehen, und jetzt lag er kalt und starr dort drinnen. Es war unfaßbar! Ribbentrop hatte keine Feinde. Wie sollte der gütige wohlwollende Herr auch zu solchen kommen? Was war das Motiv dieses Meuchelmordes? Er wußte keine Antwort auf diese Frage er sah sich vor einem unlösbaren Rätsel.

„Herr Sanitätsrat, die Herren sind da."

„Gut, führen Sie sie hier herein"

„Guten Morgen, Herr Hauptmann."

„Darf ich Ihnen die Herren Kriminalkommissare Braun und Noack vorstellen?"

„Guten Morgen meine Herren!"

„Nun, bitte, erzählen Sie uns, was Sie wissen."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191802061-19/fragment/page=0003

Provinz Sachsen und Umgebung

Deutsche Vaterlandspartei

1. Genthin, 5. Februar.

Die Ortsgruppe Genthin der Deutschen Vaterlandspartei hielt im „Deutschen Hause" ihre erste öffentliche Versammlung ab, die überaus zahlreich von Stadt und Land besucht war. Oberlehrer Meyer eröffnete sie mit einem Kaiserhoch und gab der Hoffnung Ausdruck, daß im Osten bald der Friede abgeschlossen werden möge.

Hierauf hielt Professor Dr. Gramzow-Charlottenburg einen Vortrag über die Art des von der Vaterlandspartei gedachten deutschen Friedens. Redner besprach zunächst die Kriegslage, die zur Gründung der Deutschen Vaterlandspartei geführt hätten. Sie wollen ausschließlich den Siegeswillen unseres Volkes aufrecht erhalten, damit uns der Krieg einen Frieden bringe, der unserer militärischen und politischen Lage und den gebrachten Opfern an Gut und Blut entspreche. Die Vaterlandspartei sei kein Vorläufer der Reaktion oder eine Kriegspartei wie vielfach angenommen werde, sie beabsichtige auch nicht, nach dem Kriege weiter politische Ziele zu verfolgen. Redner besprach dann die politische Tätigkeit des früheren Reichskanzlers von Bethmann Hollweg, die wegen ihrer schwankenden Haltung und Unentschlossenheit schwere Fehler für uns im Gefolge gehabt habe. Wir brauchten Staatsmänner, die etwas mehr Draufgänger seien. Die bekannte Reichstagsresolution vom Juli d. J. habe uns unendlich viel geschadet, und mit den Abgeordneten, die dafür gestimmt haben, müsse scharfe Abrechnung gehalten werden. Die Vaterlandspartei will keinen Frieden um jeden Preis. Jeder Frieden sei eine Verständigung, ein Scheidemann-Frieden würde aber das Wohl des deutschen Volkes völlig begraben. Redner beleuchtete dann Deutschlands politische Weltlage während der letzten 20 Jahre. Der Haß unserer Gegner richte sich vorwiegend gegen unsere monarchische Staatsform, wir verzichten aber gern auf die demokratische Doktrin eines Lloyd George, Wilson und anderer feindlicher Staatsmänner. Redner kam zu folgenden Schlußfolgerungen: Es gehe jetzt um alles im Westen, entweder siegen oder untergehen; es gelte, den Vernichtungswillen unserer Feinde zu brechen. Das sei freilich eine harte Nuß, aber es gehe nicht anders. Durch eine Festsetzung Deutschlands an der flandrischen Küste müsse England die Pistole auf die Brust gesetzt werden. Die flandrische Küste sei das Verbindungsglied mit unseren Kolonien. Den Sieg entscheide das besetzte Gebiet. Vorläufig seien wir die Sieger dank der Tapferkeit unserer Helden zu Wasser und zu Lande. Von der Regierung müsse eine Kriegspolitik mit aller Schärfe gegen England verlangt werden.

Die Ausführungen des Redners wurden mit großem Beifall aufgenommen und darauf gelangte eine von Betriebsdirektor Müller vorgelesene Entschließung einstimmig zur Annahme. Sie lautet:

„Die Deutsche Vaterlandspartei widerspricht aufs Entschiedenste den gegen sie ausgestreuten Verdächtigungen. Sie ist keine Kriegspartei auch verlangert ihr Wirken den Krieg nicht. Sie will nur den Lebens- und Zukunftswillen unseres Volkes wach erhalten und stärken. Sie will nichts anderes als die Sammlung aller Nationalgesinnten aus allen Parteien sein. Sie will gründliche Einsicht verbreiten in die gegenwärtige Lage und in die Möglichkeiten unserer Zukunft. Leere Versprechungen und papierne Verträge sind ihr keine Sicherung unseres Volkes und seiner Arbeit. Sie erkennt in Großbritannien unsern für alle Zeiten unversöhnlichen Feind, dem kein Vertrauen geschenkt werden darf. Deshalb bedauert sie, daß die Politik unserer Reichsregierung entsprechende Richtlinien in entschiedener Weise verfolgt. Den Scheidemann-Frieden würde in allererster Reihe die deutsche Arbeiterschaft mit ihrem Wohle bezahlen. Weiterhin würde er das endgültige Ausscheiden Deutschlands aus der Reihe der Weltmächte zur Folge haben. Ein Friede mit all erreichbaren Sicherungen muß geschlossen werden. Das deutsche Volk muß sich losmachen von allen verwirrenden Schlagwörtern und Phrasen, die unsere Feinde zu ihrem Nutzen erfunden haben, deren Verbreitung aber besonders durch die verhängnisvolle Resolution der Reichstagsmehrheit gefördert worden ist."

Das Schlußwort sprach Superintendent Lüdecke-Altenplathow. Er führte aus, daß die trefflichen Ausführungen des Referenten eine große Sehnsucht nach einem deutschen Frieden erweckt hätten. Wir sehnen uns nach der staatsmännischen Meisterschaft eines Bismarck. Wir haben Sehnsucht nach einem großen Deutschland, ein Ziel, das entschieden werde durch die militärischen und politischen Führer. Mit dem Gesang des Liedes „Deutschland über alles" wurde die Versammlung geschlossen. — Diese erste öffentliche Versammlung hat der Ortsgruppe Genthin viele neue Mitglieder gebracht.

---

z. Merseburg, 5. Febr. (Auszeichnungen.) Frau verw. Bürgermeister Dr. Haacke, die Leiterin der Volksküche des Vaterländischen Frauenvereins Merseburg-Stadt, und Frau Gräfin Cartlow, die Leiterin der Kriegskinderküche desselben Vereins, erhielten für verdienstvolle Arbeit auf dem Gebiete der Massenspeisung das Verdienstkreuz für Kriegshilfe. Die Rote-Kreuz-Medaille 3. Klasse wurde Frau Generalkommissionspräsident von Behr verliehen.

— Hornburg, 4. Febr. (Bürgermeister Brinkmann), der im vorigen Sommer auf Lebenszeit gewählt worden war, sieht sich aus Gesundheitsrücksichten genötigt, seinen Posten zum 1. Oktober d. J. niederzulegen.

K. Bitterfeld, 5. Februar. (An unseren evangelischen Volksschulen) wurden 139 Knaben und 137 Mädchen für das neue Schuljahr aufgenommen.

z. Magdeburg, 5. Februar. (Der Landesverband Sachsen-Anhalt der Werk- und nationalen Arbeitervereine) hielt hier eine sehr gut besuchte Sitzung des weiteren Vorstandes unter dem Vorsitze von Otto Hoffmeister-Magdeburg ab. Dem Landesverbande haben sich die Bezirksverbände Bitterfeld und Halle neu angeschlossen. Als ihre Vertreter wurden die Herren Kirsch-Bitterfeld und Hoffmann-Halle in den geschäftsführenden Vorstand gewählt. Ein Antrag Bitterfeld auf Schaffung eines die Bewegung in der ganzen Provinz und im Herzogtum Anhalt umfassenden Presseorgans wurde angenommen. Die weitere Debatte drehte sich um die Frage, ob es möglich sein wird, die Aufgaben der Zukunft allein auf gewerkschaftlicher Grundlage zu lösen oder ob auch der politischen Seite eine größere Bedeutung eingeräumt werden solle. Bei dieser Gelegenheit betonte der Vorsitzende noch einmal die Ziele des Verbandes: Arbeiterpolitik zu treiben, aber auf der streng nationalen Grundlage der Treue zu Kaiser und Reich; nicht Annexionspolitik, aber Eisbogenfreiheit für ein starkes und mächtiges Deutschemerschlacht. — Der Vorstand wurde beauftragt, die Vorarbeiten für die Schaffung eines Gewerkschaftshauses nach dem Muster des Landesverbandes Hannover in die Hand zu nehmen. Der nächste Landesverbandstag soll in Halle stattfinden.

J. Ammendorf, 5. Febr. (Zu der Auffindung einer weiblichen Leiche im Hochwasser bei Burg in der Aue,) über die wir kürzlich berichteten, wird ergänzend mitgeteilt, daß die Persönlichkeit der Toten bisher nicht festgestellt werden konnte. Die gerichtliche Leichenöffnung hat ergeben, daß die Stich- oder Schnittwunde am Halse den Kehlkopf und die Speiseröhre durchtrennt hat und daß diese Verletzung tödlich gewesen ist. Da die Tote in den umliegenden Ortschaften unbekannt ist, so muß angenommen werden, daß sie die Eltern abwärts getrieben ist oder daß die Frau in unsere Gegend verschleppt und getötet worden ist. Das letztere ist wahrscheinlich. Das Alter der Toten wird auf 30 bis 40 Jahre geschätzt.

t. Merseburg, 5. Febr. (Verhaftete jugendliche Diebe.) Bei Einbrüchen im Leunawerk und benachbarten Ortschaften erbeuteten drei aus Ammendorf und Radewell gebürtige Burschen im Alter von 17 Jahren Bargeld, Brot- und Eßmarken, Kaninchen, Schuhe und andere Gegenstände. Das Einbrechertrio wurde heute hier verhaftet, wobei ihm das Diebesgut wieder abgenommen werden konnte.

Aus Halle und Umgebung

Halle, 6. Februar.

Verfallende Policen

Seit Kriegsausbruch sind vielfach gesetzliche Maßnahme zur Erleichterung der wirtschaftlichen Lage von Schuldnern getroffen worden. Bei einer gerichtlichen Beurteilung kann dem Schuldner auf Antrag eine mehrmonatige Zahlungsfrist bewilligt werden, ja selbst, wenn es bereits zur Zwangsvollstreckung und Pfändung gekommen ist, kann das Gericht der Vollstreckung noch Einhalt tun, indem es dem Schuldner eine längere Frist zur Tilgung der Schuld stellt. Ähnliches kann bei Exmissionsklagen geschehen, bei denen eine geräumige Frist zur Räumung der Wohnung vom Gericht gewährt werden kann, damit der Schuldner nicht in die Gefahr kommt, ohne weiteres auf die Straße gesetzt zu werden, sondern sich ein neues Obdach suchen kann. Die wirtschaftlichen Nöte des Krieges haben es eben nötig erscheinen lassen, solche sozialen Gesichtspunkte in der Rechtspflege noch schärfer als bisher zu betonen. Mußte doch selbst das in Friedenszeiten so unerbittlich strenge Wechselrecht der Not der Zeit Konzessionen machen. Bekannt sind ja die Bestimmungen über Verlängerung der Wechselfristen, die Verordnung über Stundung von Hypotheken usw. Die Möglichkeit von Fristbewilligungen für Schuldner hat zuerst die Bundesratsverordnung vom 10. August 1914 in die Rechtsprechung eingeführt. Nach dieser kann allgemein auf Antrag eines Schuldners angeordnet werden, daß die durch Nichtzahlung oder nicht rechtzeitige Zahlung einer vor dem 31. Juli 1914 entstandenen Schuld eingetretenen nachteiligen Rechtsfolgen beseitigt werden. Die Vorschrift ist absichtlich so allgemein gehalten, damit sie auf alle Rechtsverhältnisse angewendet werden kann.

Von großer Wichtigkeit ist dies beispielsweise auf dem Gebiete des Versicherungswesens. Bekanntlich enthalten die Bedingungen der Lebensversicherungspolicen fast immer die Verfallklausel, d. h. die Ansprüche auf die Versicherungspolicen fast immer die Verfallklausel, d. h. die Ansprüche auf die Versicherungssumme sind erlosche, und der ganze Vertrag mit der Versicherungsgesellschaft hinfällig, wenn die Zahlung der Prämien nicht oder nicht rechtzeitig erfolgt. Auf solche Fälle hat nun das Reichsgericht die Bundesratsverordnung vom 10. August 1914 für anwendbar erklärt, es hat in einem Falle, in dem die Witwe eines Kriegsteilnehmers die Auszahlung der Versicherungssumme verlangte, von der Versicherungsgesellschaft aber eingewendet wurde, der Vertrag sei wegen verspäteter Prämienzahlung nichtig, den Versicherungsvertrag auf Grund der Bundesratsverordnung vom 10. August 1914 trotzdem als weiter gültig und die Versicherungsgesellschaft zur Auszahlung der Versicherungssumme für verpflichtet erklärt. Hier war nun der Versicherungsfall schon eingetreten, d. h. der Versicherte war gestorben, die Policensumme also an sich fällig. Noch zahlreicher sind aber die Fälle, bei denen dies nicht der Fall ist, der Versicherte also noch lebt, eine Auszahlung der Versicherungssumme also nicht in Frage steht, gleichwohl aber durch Unterlassung oder Versäumung der Prämienbeiträge jede weitere Gültigkeit des Versicherungsvertrages in Frage gestellt ist, so die Versicherungsgesellschaften dann meist von der Verfallklausel Gebrauch machen. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Kriegszeit machen es leider nur zu vielen Versicherten unmöglich, die hohen Prämienbeiträge für ihre Lebensversicherung weiter aufzubringen. Die Folge ist das Verfallen aller dieser Verträge und Policen, und nicht nur der Verlust eines später in Aussicht stehenden Kapitals, sondern auch der bereits geopferten Beiträge. Für weite Kreise des Volkes bedeutet dies eine schwere wirtschaftliche Schädigung, ist doch für unzählige Familien der Besitz einer Police, die Anwartschaft an das Versicherungskapital, oft die einzige Möglichkeit einer gesicherten, sorgenfreien Existenz, ein Notgroschen für Hinterbliebene, wenn der Ernährer durch den Tod dahingerafft worden ist. In solchen Fällen wer es daher ganz besonders am Platze, die sozialen Gesichtspunkte gegenüber rein formellen Rechts- und Vertragsbestimmungen mehr zur Geltung zu bringen. Die Regierung hat deshalb durch eine neue Bundesratsverordnung vom 20. Dezember 1917 noch einen Schritt weiter auf dem vom Reichsgericht und der Verordnung vom 10. August 1914 beschrittenen Wege gelan. Durch die neue Verordnung sind alle Versicherten, deren Rechte aus der Police durch unterlassene oder verzögerte Prämienzahlung erlosche sind, nunmehr berechtigt, „die Wiederherstellung ihrer Rechte" zu verlangen. Bedingung ist dabei nur, daß die Versichertenung der wirtschaftlichen Lage des Schuldners in den Kriegsverhältnissen ihre Ursache hat, und aus diesem Grunde die Prämienzahlung unterblieben ist.

Anträge auf Wiederherstellung erloschener Policen sind bei der Direktion der Versicherungsgesellschaft zu stellen, deren Entscheidung aber der Kontrolle der staatlichen Aufsichtsbehörde unterliegt.

— Die sechste außerordentliche Konferenz der deutschen Universitätsrektoren findet am 12. und 13. März d. J. in Halle statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. folgende Beratungsgegenstände: Maßnahmen für den Uebergang aus dem Kriegs- in den Friedenszustand; 2. Reform des studentischen Lebens nach dem Kriege; 3. soziale Fürsorge für die Studentenschaft; 4. studentisches Wohnungswesen; 5. Errichtung studentischer Speisehäuser; 6. Weiterbildung des Auslandstudiums an den Universitäten und 7. Auslänserstudium an den deutschen Hochschulen.

— Wagner-Opern-Abend. Bei dem am Donnerstag, den 7. Februar, im „Thalialokal" stattfindenden Abend werden Opernsängerin Meta Toucky, Opernsänger Alfred Ernesti und Kapellmeister Schönbach vom hiesigen Stadttheater mitwirken.

Aus dem Gerichtssaal

Strafkammer in Halle

Diebstahl und Hehlerei.

Auf der Angeklagtenbank mußten Platz nehmen die unverehelichte Lina Balthasar, Frau Therese Thormann und ihre Tochter Elli Thormann. Die Angeklagte B. hatte in verschiedenen Gasthäusern unter falschen Namen genächtigt und morgens beim Fortgange verschiedene Wäschestücke mitgehen heißen, wie Kopfkissenbezüge, Bettbezüge, ein Bettuch und eine Tischdecke; außerdem hatte sie einen Drehorgelspieler eine Brieftasche mit 40 Mk. Inhalt gestohlen. Die Wäschestücke hatte sie an die Angeklagte Elli Th. und ihre Mutter Therese Th. verkauft; Mutter und Tochter hatten sich daher wegen Hehlerei zu verantworten. Die noch nicht bestrafte B. wurde wegen Diebstahls in 8 Fällen zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahre, wegen Angabe eines falschen Namens in 4 Fällen zu je 3 Mk. oder 4 Tagen Haft verurteilt; der Staatsanwalt hatte 6 Monate Gefängnis beantragt. Gegen die Angeklagte Therese Th. beantragte der Staatsanwalt wegen gewerbsmäßiger Hehlerei ein Jahr Zuchthaus und sofortige Verhaftung. Das Urteil lautete auf 4 Monate Gefängnis. Die Angeklagte Elli Th. kam wegen einfacher Hehlerei in 4 Fällen mit 2 Monaten Gefängnis davon.

Börsen- und Handelsteil

Die Reichsbank am 31. Januar

Der Reichsbankausweis vom 31. Januar zeigt im Vergleich zu den beiden Vorjahren folgendes Bild (alles in Millionen Mk.):

Aktiva	1918 31.1.	1918 gegen Vorm.	1917 31.1.	1917 gegen Vorm.	1916 31.1.
Metallbestand	2521,0	+ 0,4	2441,4	+ 1,1	2444,2
darunter Gold	2107,1	+ 0,1	2524,1	+ 1,2	2453,7
Kassenscheine	1203,3	+ 57,6	27,9	+ 42,7	105,7
Noten	2,2	— 4,1	3,2	— 4,4	8,4
Wechsel	18 10[illegible],5	+ 687,5	8180,0	+ 7,4	8[illegible]
Lombardkred.	5,7	— 3,0	10,0	— 0,2	5273,[illegible]
Effekten	95,9	+ 7,5	104,[illegible]	+ 7,2	21,7
Sonstige Aktiva	1917,0	— 88,2	980,3	+ 71,7	49,7
					228,1
Passiva					
Grundkapital	180,0 unver.		180,0 unver.		150,0 unver.
Reserve	90,1 unver.		85,5 unver.		8[illegible]
Notenumlauf	11 138,9	+ 2,0,1	7858,5	+ 207,7	6504,4
Girguthaben	6676,3	— 425,6	34[illegible],4	— 195,6	6[illegible]
Sonst. Passiva	83,2	+ 17,7	52,0	— 28,0	17-5,9
					262,9

Die Ansprüche des Monatsabschlusses ließen die Bedeutung der Reichsbank um 687,5 auf 18 [illegible] Mill. ℳ und die gesamte Kapitalanlage um [illegible] 18 213,1 Mill. ℳ anschwellen. Die neue Belastung der Reichsbank setzte sich in erheblichem Umfange aus Anforderungen von privater Seite zusammen, doch wurde ein großer Teil der [illegible] Kapitalanlage zur Last gefallenen Beträge: auf dem Konto der fremden Gelder wieder eingezahlt, so daß diese um [illegible] auf 6676,3 Mill. ℳ stiegen. Bringt man von der Zunahme der Anlage den Zuwachs der fremden Gelder in Abzug, so ergibt sich für die Reichsbank eine Belastung, die sich zahlenmäßig in [illegible] fähr demselben Rahmen bewegt wie zur gleichen Zeit des Vorjahres, obwohl im einzelnen die Bewegung auf dem Konto der Kapitalanlage und dem der fremden Gelder von der diesmaligen wesentlich verschieden ist.

Die Nachfrage nach Zahlungsmitteln war in der letzten Januarwoche groß; der Notenumlauf erhöhte sich um [illegible] auf 11 188,9 Mill. ℳ, während zur gleichen Zeit des Vorjahres die Steigerung 207,7 Mill. ℳ betragen hatte. Zudem wurden 190,5 (i. V. 168,6) Mill. ℳ Darlehnskassenscheine [illegible] der Verkehr gezogen werden, und es stieg gleichwohl der Bestand der Reichsbank an Darlehnskassenscheinen um 50,1 Mill. ℳ auf 1251,3 Mill. ℳ, weil die Reichsbank von den Darlehnskassen 1[illegible] Mill. ℳ an 23. Januar auf 7660,3 Mill. ℳ am 31. Januar [illegible] 249,6 Mill. ℳ Darlehnskassenscheine empfing. Der Bestand an Gold hat eine geringfügige Erhöhung erfahren und beträgt jetzt 2407,1 Mill. ℳ. Auch der an Silber hat sich nur wenig verändert; er ist um 0,4 auf 113,9 Mill. ℳ gewachsen. Die Reichskassenscheinen wurden 1,5 Mill. ℳ in den Verkehr gesetzt, wodurch sich der Bestand an diesen auf 12 Mill. ℳ verringert hat.

Börsenstimmungsbild

Berlin, 5. Februar. Unter dem Eindruck des unmittelbar bevorstehenden Friedensschlusses mit der Ukraine und einer Verständigung mit Rumänien bewahrte die Börse ihre feste Grundstimmung bei zeitweise regerem Geschäft auf einigen Gebieten. Anfangs war die Kursbewegung für Schiffahrtswerte und den größten Teil der Montanwerte und Rüstungsaktien nach oben gerichtet, später aber traten Schwächungen, verbunden mit kurzen Abschwächungen ein. Fest lagen auch chemische und Rohstoffwerte, schwach dagegen Orientbahnen und Türkische Tabak. Am Rentenmarkt hat sich nichts von Bedeutung ereignet.

Produktenbericht.

Berlin, 5. Februar. Nach Berichten vom Lande ist der Zustand der jungen Saaten, namentlich des Roggens ein recht günstiger und es scheint, als ob die erste Periode des Winters bei den Feldern keinen nennenswerten Schaden gebracht habe. Die Zufuhren von Brotgetreide an die Mühlen bleiben verhältnismäßig knapp. Man hofft aber, daß im Laufe der nächsten Wochen mehr Material herankommen wird, da ja am 1. März die Höchstpreise herabgesetzt werden. Vom freiesten Verkehr ist nicht besonders zu berichten. Der Tauschhandel greift immer mehr um sich, was manche Erschwerung für die Händler mit sich bringt. Das gilt besonders für Klee- und Grassämereien, Serradella und Spörgel. Von Lupinen liegen heute einige Partien neuer Ware vor, die recht gut aussehen. Von Abschlüssen ist jedoch nichts bekannt geworden. In Saatgetreide scheint das Angebot etwas größer geworden zu sein. Begehrt ist hauptsächlich Hafer, während Gerste, Sommerroggen und Sommerweizen nur wenig gesucht sind. Futterartikel bleiben knapp. Das Wetter ist mild.

W. Auf die siebente Kriegsanleihe wurden in der letzten Januarwoche 30,9 Mill. Mark neu eingezahlt. Die gesamte Einzahlung stieg dadurch auf 12 422,1 Mill. Mark gleich 98,4 Proz. des Zeichnungsergebnisses von 12 625 660 200 M. Die von den Darlehnskassen für die Zwecke der Einzahlungen auf die siebente Kriegsanleihe hergegebenen Darlehen erhöhten sich in der Berichtswoche um 14 auf 181,9 Mill. Mark gleich 1,46 Proz. der bisher geleisteten Einzahlungen.

* Die mitteldeutschen Großhändlerfirmen der chemischen Industrie schlossen sich unter dem Namen „Verein der mitteldeutschen Chemikaliengroßhändler" mit dem Sitz in Magdeburg zu einem Interessenverband zusammen.

* Die Zuckerfabrik Salzwedel beendete am 2. Februar ihre Kampagne, die wegen Kohlenmangels eine zweimalige Unterbrechung von 8½ bezw. zweiwöchiger Dauer erlitten hat. Verarbeitet wurden 1 722 000 (1 639 100) Zentner Rüben. Die Zuckererzeugung beträgt 310 000 (289 000) Zentner.

* Die Allgemeine Ges.-Akt.-Ges. in Magdeburg verkaufte zum 1. April ihr Gaswerk Langensalza für annähernd 300 000 Mark an die dortige Stadtverwaltung.

* Warenhaus Hermann Herzfeld, Dresden. Das Dresdener Gericht hat den Antrag der beiden Inhaber auf Eröffnung des Konkurses wegen Mangel an Masse abgelehnt.

Letzte Telegramme

Die Brest-Litowsker Verhandlungen

Berlin, 5. Febr. Die Verhandlungen in Brest-Litowsk werden am 7. Februar vormittags wiederaufgenommen. Die durch die Abwesenheit Kühlmanns und Czernins hervorgerufene Pause ist zu Verhandlungen zwischen den Vertretern der einzelnen Delegationen und zur Weiterberatung in den Unterkommissionen verwendet worden.

Der finnische Bürgerkrieg

Berlin, 7. Febr. Einem Gewährsmann der „B. Z." wird von der finnischen Grenze gemeldet: Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die russische Sowjet-Regierung den finnischen Bürgerkrieg nicht nur schürt, sondern sogar zu leiten entschlossen ist.

Verantwortlich:
für den politischen Teil: Dr. Hans Simon; für Provinz, Vereine und Handelsteil: Georg Fernandes; für Cerlisches und den übrigen Teil: Adolf Meyer; für den Anzeigenteil: Otto Kreßmann, sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191802061-19/fragment/page=0004